



# Umweltpolitik

Fakten | Argumente | Positionen

## Unternehmerische Eigenverantwortung stärken, Genehmigungsverfahren beschleunigen, Umweltverwaltung zukunftssicher aufstellen!

### Situation Sachsen

Obwohl die wirtschaftliche Lage in Sachsen derzeit gut ist, werden die Unternehmen durch immer komplizierter werdende umweltrechtliche Regelungen stark belastet. Gesetze und Verordnungen sind häufig unverständlich, in sich widersprüchlich und werden vor Ort nicht immer lösungsorientiert vollzogen. Nur eine funktionierende Umweltverwaltung sichert einen fairen Wettbewerb und sorgt für zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren. Freiwilliges Engagement von Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit und Umwelt muss gefördert, unterstützt und gewürdigt werden. Ein Rahmen dafür könnte die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie sein, wenn sie Ziele und Maßnahmen konkret und abrechenbar benennt.

### Europäisches Umweltrecht 1:1 umsetzen, Eigenverantwortung stärken

- Europäische Vorgaben sollten 1:1 umgesetzt werden. Einseitige nationale Verschärfungen können die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland gefährden. Die Politik sollte stärker auf die freiwillige Innovationskraft der Unternehmen setzen und ihnen ausreichend Freiräume für eigenverantwortliches Handeln geben. Vor der Einführung neuer kostspieliger Umweltauflagen für Unternehmen sollte sie Maßnahmen prüfen, die für Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen von Vorteil sind.
- In der Gesetzgebung sollten generell bürokratiearme, verhältnismäßige und dem Gedanken des Wettbewerbs verpflichtete Lösungen angestrebt werden.

### Standortentwicklung weiterhin ermöglichen

- Wir erwarten von Landes- und Bundespolitik, dass neue Umweltauflagen bestehende Gewerbe- und Wirtschaftsstandorte nicht gefährden. Für Bestandsanlagen und geplante Investitionen sind ausreichende Übergangsfristen und eine transparente Rechtssetzung anzustreben.
- Das Immissions- und Störfallrecht sind so anzupassen, dass gewerbliche Nutzungen in dicht besiedelten Räumen möglich bleiben.

### Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen beschleunigen

- Die Verfahren für Neu- und Änderungsgenehmigungen für Industrieanlagen dauern in Sachsen aufgrund unzureichender Personalausstattung in den kommunalen Umweltbehörden zu lange – der aktuelle Zustand ist ein Standortnachteil für Sachsen.
- Wir fordern von der Staatsregierung, zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren für den Wirtschaftsstandort Sachsen zu gewährleisten, eine quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Personalausstattung in den Genehmigungsbehörden sicherzustellen, die technisch-praxisorientierte Fachkompetenz zu bündeln, die Kommunikation zu verbessern und die Genehmigungsverfahren zu vereinheitlichen und zu digitalisieren. Die im Oktober 2018 von der Staatsregierung eingesetzte „Kommission zur Evaluation von Genehmigungsverfahren“ ist in dem Kontext ausdrücklich zu begrüßen. Diese ist nun gefordert, der Staatsregierung zeitnah Verbesserungsvorschläge zuzuarbeiten, um Fortschritte in der Sache zu erzielen. Die IHK Dresden wird ihre Expertise in die Kommission einbringen.

## **Umweltverwaltung zukunftsicher aufstellen**

- Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass Wirtschaft und Verwaltung um die besten Fachkräfte konkurrieren. Deshalb ist es notwendig, vor allem die technisch-praxisorientierten Fachleute in der Verwaltung so effizient wie möglich einzusetzen. Eine Verteilung auf die Landkreise ohne vertraglich festgelegte Kooperation ist nicht zielführend.
- Die Umweltverwaltung sollte zügig ihre internen und externen Abläufe digitalisieren. Ein konkreter Fahrplan für diesen Prozess muss in die Strategie „Sachsen digital“ eingearbeitet werden.

## **Nachhaltigkeitsstrategie als sächsische Dach- strategie etablieren**

- Ohne nachhaltiges Wirtschaften haben die Unternehmen in Sachsen auf Dauer keine Zukunft. Deshalb muss die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie Ziele und Wege aufzeigen, wie der Transformationsprozess gelingen kann.

## **Potenziale der Umweltallianz Sachsen ausschöpfen**

- Die Potenziale der Umweltallianz Sachsen als Beteiligungs- und Arbeitsgremium liegen seit einigen Jahren brach. Das Gremium sollte wie in der Vergangenheit wieder für Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungs- und Strategieprozessen, bei Problemen mit dem Vollzug des Umweltrechts sowie bei der Förderung umweltbewussten Wirtschaftens genutzt werden.
- Für die Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung erwarten wir eine deutliche und öffentlichkeitswirksame Würdigung von Betrieben, die über die rechtlichen Vorgaben hinaus freiwillige und besondere Umwelleistungen erbringen.

## **Schrittweise Einführung von Umweltmanagement- systemen unterstützen**

- Die Verbreitung von Umweltmanagementsystemen in der kleinteilig geprägten Unternehmerschaft muss gezielter als bisher unterstützt werden. Dafür schlagen wir ein Landesförderprogramm in Verantwortung des SMUL und nach dem Vorbild von Baden-Württemberg vor, das ausschließlich Gruppenprojekte unterstützt und niedrighschwelligem Einstieg mit schrittweisem Herangehen kombiniert, um Unternehmen bis zur erfolgreichen Zertifizierung zu begleiten und gleichzeitig die Vernetzung der Betriebe zu stärken.

## **Energie- und Rohstoff- effizienz integrativ betrachten**

- Energie- und Materialflüsse laufen in Unternehmen integrativ ab, es ist nicht zielführend, diese getrennt voneinander zu betrachten.
- Deshalb schlagen wir vor, den sächsischen Gewerbeenergiepass um das Thema Materialflüsse und das Beratungsangebot der Sächsischen Energieagentur um das Thema Rohstoffe und Materialien zu erweitern. Ein Kompetenzzentrum nach Vorbild des Landes NRW könnte stringenter als bisher dazu beitragen, die Ressourceneffizienz und damit die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen zu steigern.

## **Investitionen in Rohstoff- Forschung verstärken**

- Für eine nachhaltige Rohstoffpolitik müssen Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung intensiviert werden. Gerade was die Nutzung heimischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffströme angeht, gibt es hier noch ungenutztes Potenzial.

## **Nutzung von Recycling- potenzialen ermöglichen**

- In einem wettbewerblichen Markt für Sekundärrohstoffe, wie Verpackungen o. ä. mit europaweit vergleichbaren Qualitätsstandards kann die Wirtschaft das Potenzial des Recyclings besser erschließen. Rechtliche und administrative Hemmnisse bei der Verwendung von Sekundärrohstoffen sollten deshalb geprüft und wenn möglich abgebaut werden. Für eine funktionierende Kreislauf-führung sollten zurück-gewonnene Sekundärrohstoffe mit Naturmaterialien gleichgestellt werden.

## **Bundes- und Europapolitik**

Die IHK Dresden ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit Sitz in Berlin. Eine der wesentlichsten Aufgaben des DIHKs besteht darin, die gebündelten Interessen der regionalen Wirtschaft/IHKs auf bundes- und europapolitischer Ebene in Berlin und Brüssel zu vertreten. Grundlage hierfür sind u. a. die „Wirtschaftspolitischen Positionen“ (WiPos) des DIHKs. Die IHK Dresden unterstützt insbesondere in folgenden bundes- und europapolitischen Forderungen:


- Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess machen vielen Unternehmen zu schaffen. Darunter fällt z. B. Zeit- und Kostenaufwand bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, der den Erfolg von Markteinführungen und das Wachstum von innovativen Unternehmen erschwert. Der Bund ist gefordert, diese bürokratischen Hürden zu reduzieren.
- Regulatorische Anforderungen, z. B. beim Umgang mit chemischen Stoffen, belasten die Unternehmen und können Innovationen erschweren. Die Politik sollte Gesetzesvorschläge auf Innovationsfreundlichkeit prüfen und Innovationshemmnisse, die sich aus dem geltenden Recht für Unternehmen ergeben, abbauen.
- Statt Mindesteffizienzstandards zu setzen, sollte der Staat innovative Ansätze für mehr Ressourceneffizienz in Unternehmen unterstützen.
- Der Emissionshandel als europäisches Leitsystem zum Klimaschutz hat sich grundsätzlich bewährt und sollte weiterhin den Vorrang gegenüber möglichen neuen Instrumenten wie der CO<sub>2</sub>-Steuer behalten.

Sie finden die aufgeführten Forderungen detaillierter in den Wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK unter:

[www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik](http://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik)

### **Ansprechpartner:**

Moritz John, Referent Mittelstandspolitik und Soziale Medien | Telefon +49 351 2802-106 | [john.moritz@dresden.ihk.de](mailto:john.moritz@dresden.ihk.de)  
Dr. Cornelia Ritter, Referatsleiterin Energie, Umwelt, Technologie | Telefon +49 351 2802-130 | [ritter.cornelia@dresden.ihk.de](mailto:ritter.cornelia@dresden.ihk.de)

 [www.dresden.ihk.de](http://www.dresden.ihk.de)

 [www.facebook.com/ihkdresden1](https://www.facebook.com/ihkdresden1)

 [www.twitter.com/ihkdresden](https://www.twitter.com/ihkdresden)